



Stadtratsfraktion Wasserburg a. Inn

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion Wasserburg a. Inn

Sprecher:

Christian Stadler
Marienplatz 25
83512 Wasserburg a. Inn

Tel.: 08071/6078

Mail: christian.stadler@gruene-wasserburg.de

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – STADTRATSFRAKTION WASSERBURG A. INN
Christian Stadler, Marienplatz 25, 83512 Wasserburg

Stadt Wasserburg a. Inn
Marienplatz 2
83512 Wasserburg a. Inn

02.01.2019

Antrag der Stadtratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen - Neubewertung der Altstadtbahnreaktivierung durch das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadtratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen beantragt hiermit Folgendes:

Die Stadt Wasserburg am Inn tritt an das StMWBV mit der Bitte heran, ein Verkehrsgutachten zum Fahrgastpotential der Strecke 5711 Wasserburg(Inn)Bf – Wasserburg(Inn)Stadt zu erstellen.

Begründung:

Die Bahnstrecke 5710 Grafing Bf – Wasserburg(Inn)Bf hat in den vergangenen Jahren eine steige Entwicklung genommen. Genannt seien hier diverse Beschleunigungsmaßnahmen, die Einführung des Stundentaktes, die deutliche Erweiterung der Betriebszeiten sowie die Integration in den MVV. Die Folge daraus sind massive Steigerungen der Fahrgastzahlen.

Diese steigenden Fahrgastzahlen betreffen jedoch vorwiegend Fahrten aus dem Raum Wasserburg in Richtung München. Fahrten mit dem Ziel Wasserburg leiden, sofern sie nicht den Ortsteil Reitmehring zum Ziel haben, nach wie vor unter dem bestehenden Umsteigezwang auf den Stadtbus und dessen Taktung auf die Züge von und nach Rosenheim/Mühldorf.

Für Fahrten in die Wasserburger Altstadt, die durch Schulen, Arbeitsplätze, Einkaufsmöglichkeiten, Lokale, kulturelle Einrichtungen und touristische Attraktivität einen erheblichen Anteil der Besuchsansätze schafft, wird deshalb immer noch viel zu häufig auf den motorisierten Individualverkehr gesetzt. Darunter leidet nicht zuletzt die Aufenthalts- und Lebensqualität innerhalb des Stadtzentrums sowie an den stark frequentierten Hauptzufahrtsstraßen.

Sprecher:

Christian Stadler

Stellv. Sprecherin

Steffi König

Markus Hoefl



www.gruene-wasserburg.de

Die Verbesserung der Aufenthalts- und Lebensqualität sowie die Reduzierung der Belastungen durch den Pkw-Verkehr ohne die Besucherfrequenz in der Altstadt zu reduzieren sind deshalb erklärte Ziele des ISEK.

Für die nähere Zukunft ist die Elektrifizierung der Bahnstrecke auf München bis Reitmehring sowie die Integration ins S-Bahn-Netz geplant. Damit verbunden wäre der Wegfall von Umsteigezwängen in Grafing Bf und München Ost sowie das Erreichen von direkten Verkehrsbeziehungen zwischen Wasserburg und den Expresshaltestellen (nach derzeitigem Planungsstand u.a. Haar und Trudering). Die Folge wird ein weiteres Ansteigen der Fahrgastzahlen sein, selbst wenn sich die reine Fahrzeit zwischen München-Ost und Wasserburg wie zu erwarten geringfügig verlängern wird.

Das bestehende Gutachten zur Altstadtbahnreaktivierung, welches für den Stadtrat Entscheidungsgrundlage war, die Stilllegung zu betreiben, geht von mittlerweile völlig überholten Rahmenbedingungen aus. So stammen die zugrunde liegenden Fahrgastzahlen aus dem Jahr 2007. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Gutachtens wurde lediglich die Einführung eines Stundentaktes vage diskutiert, dessen positive Auswirkung rückblickend betrachtet jedoch viel zu pessimistisch bewertet. Alle weiteren o.g. Faktoren, die zu einem erhöhten Fahrgastaufkommen geführt haben oder noch führen werden, waren zum damaligen Zeitpunkt nicht bekannt und konnten deshalb im Gutachten nicht berücksichtigt werden.

Hinzu kommt, dass in den vergangenen 12 Jahren auch ein erhebliches Bevölkerungswachstum im Großraum München (mit dem sich das Einzugsgebiet der Stadt Wasserburg zumindest überschneidet) stattgefunden hat. Dass sich insbesondere im Umland das ÖPNV-Angebot nicht in gleichem Maße weiterentwickelt hat, hat zur Folge, dass sich in und um Wasserburg das Aufkommen des motorisierten Individualverkehrs entgegen des bundesweiten Trends weiter erhöht hat.

Dem Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr liegen sowohl die aktuellen Ausbaukonzepte, als auch alle notwendigen Verkehrsdaten vor. Das Ministerium ist zudem Aufsichtsbehörde für die BEG als Auftraggeber im SPNV. Weite Teile der notwendigen Grundlagenermittlung können daher über das StMWBV selbst erfolgen.

Verkehrsplanung sollte sinnvollerweise grundsätzlich im Hinblick auf die Auswirkungen im Gesamtsystem und nicht ein Streckenabschnitt für sich isoliert betrachtet werden. Die Netzplanung ist deshalb staatliche Aufgabe und liegt in der Zuständigkeit des neu geschaffenen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Stadler
Fraktionssprecher